

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa,  
Bismarckstr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachnummer Dresden 1000  
Ciccolaffe Riesa Nr. 32.

Nr. 153.

Dienstag, 4. Juli 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 32.— Mark ohne Bringerlohn, Einzelnummer 1.75 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundfrist-Zeile (8 Zeilen) 5.— Mark; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachzahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Bezugsverhältnisse — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winteritz, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. W. F. Teichgräber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

## Bekanntmachung über Handwagenverkehr.

Das Befahren des sogenannten Postenweges des Riesaer Stadtparkes wird hiermit ausdrücklich mit der Maßgabe verboten, daß dieses Befahren nur mit Kinderwagen erlaubt ist.

Rumherumfahrten werden auf Grund des § 366<sup>a</sup> des Reichs-Straf-Gesetz-Buchs mit Geldstrafe bis zu 800 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft. Gleichzeitige Verbote in Erinnerung gebracht und wird auf § 6 der Straßenpolizeiordnung für die Stadt Riesa vom 2./12. 20 betr. Fahren auf den Fußwegen hingewiesen.

Der Rat der Stadt Riesa, am 30. Juni 1922.

Mit Genehmigung der Amtshauptmannschaft Großenhain wird der Weg entlang des Barackelagers wegen Aufzügen von Massenluft vom 4. Juli bis 25. Juli dieses Jahres für den Fahrverkehr gesperrt und dieser inzwischen auf den von Zeitheim nach Lichtensee am Wallerwerk vorbeiführenden Verbindungsweg verwiesen. Das unbedingte Befahren des gesperrten Weges wird nach § 366<sup>a</sup> des Reichs-Straf-Gesetz-Buchs bestraft.

Er. W. Zeitheim, am 3. Juli 1922. 453 II. Der Ortsvorsteher.

## Brennholzversteigerung.

Das Reichsforstamt Jossen versteigert am 10. Juli ds. Js. im Gasthaus zu Lichtensee von vormittags 8 Uhr an

etwa 400 m Kloben und Anupel und

550 Kloben.

Die Versteigerung ist eine solche mit beschränktem Bieterkreis.

Holzhandler erhalten keinen Zuschlag. Reichsforstamt Jossen.

## Eine Mark gleich ein Pfennig.

Es wäre verfehlt, die neue Katastrophe der Mark auf politische Ursachen zurückzuführen, wohl mag die gegenwärtige Unruhe in Deutschland nach dem Vorbeigehen des Weltkrieges mit dazu beigetragen haben, das wirtschaftliche Vertrauen des Auslandes zu erschüttern, aber die Entwicklung war aus wirtschaftlichen Gründen vorauszu sehen und die Preissteigerung im innerdeutschen Markt mußte natürlich eine Parallelbewegung am Weltmarkt nach sich ziehen. Aber nach dem Kurse von rund vierhundert Mark für den Dollar gegen Ende der Vorkriegszeit hat sich bereits am Montag die Bewegung so scharf fortgesetzt, daß der Dollar 420 Mark kostet, d. h. also, daß eine Papiermark einen Kupferpfennig wert geworden ist. Damit ist ein außerordentlich bedeutsamer Abschnitt in unserer furchtbaren Wirtschaftsentwicklung erreicht. Wenn man bedenkt, daß das innere Preisniveau im Großhandel bereits im Mai die gleiche Höhe erreicht hatte wie die Devisen und daß die Preise sich gegenwärtig viel schneller der Marktentwertung anpassen, der wird begreifen, welche ungeheuren Folgen die Entwertung der Mark auf einen Pfennig Normalwert hat.

In allerfrühester Zeit werden diese Erscheinungen in den Warenpreisen zum Ausdruck kommen. Gerade der hundertfache Wertverlust wird die Preissteigerung beeinflussen, darin steckt ein bedeutendes psychologisches Moment, zumal die Angleichung an die Weltmarktpreise ohnehin soweit fortgeschritten ist, daß auch die Marktentwertung sofort die ganze Preisliste nach sich zieht, damit freilich auch jede Möglichkeit des Ausgleiches bei einer eventuellen Marktbesserung versperrt. Die stärksten Anforderungen werden dabei an die Reichsbank gestellt, die naturgemäß die Notenemissionen steuern muß und zwar in einem Maße, durch das die lange Zurückhaltung wenigstens teilweise ausgeglichen werden muß. Der Traum der Stabilisierung der schwelenden Schuld endet in einem schrecklichen Erwachen und die ganze Wirtschaft schreit nach neuem Gelde, weil überall der Kapitalmangel drückend geworden ist und die Bewegungsfreiheit lähmt.

Ebenso deutlich wird es dem Lohnempfänger, wie weit er hinter der Vorkriegszeit zurückgelassen ist. Man errechnet jetzt schon die Grenze der Lohnerhöhungen, da die Ware zum Weltmarktpreise gestiegen ist. Das war letzten Monat Kohlenbergbau der Fall. Dabei haben die Löhne und Gehälter das fünfundsiebzigfache bis fünfundsiebzigfache der Friedenspreise erreicht und je näher die Marktpreise der Geldentwertung angepasst sind, desto weniger reicht die Entlohnung aus, desto größer die Sorgen, die Unzufriedenheit, desto zahlreicher Wirtschaftshörungen und das Ende ist in diesem Kreislauf noch, daß noch weniger produziert wird, noch weniger die Möglichkeit fortgerückt wird, die Löhne den Preisverhältnissen anzupassen. Das volkswirtschaftliche Ergebnis ist und bleibt negativ und sinkt immer tiefer. Was die Reichsbank an Notenemissionen ersparen konnte (gegenüber 400 Prozent Preissteigerung 100 Prozent Notenaufvermehrung), ging größtenteils auf Kosten der Arbeit und ihrer Träger. Es ist zweifellos, daß man dadurch die Rückkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse erleichtern wollte. Was aber in der Praxis daraus entstanden ist, dürfte schwerlich das Zutreffen ermöglichen, bei dieser Politik zu verharren. Denn wir müssen dabei berücksichtigen, daß nur dann ein Mißverhältnis zwischen Notenemissionen und Warenwert besteht, wenn die deutsche Notenemission, künstlich zurückgedrängt, den Anteil der Arbeit am Fertigfabrikat so weit einschränkt, daß in Deutschland bei seinem außerordentlichen Bedarf an ausländischem Rohstoff nur ein geringfügiger Teil selbst dann verbleibt, wenn die Ware zum Weltmarktpreise exportiert wird. Das Verhältnis des grobenteils ins Ausland fliehenden Rohstoffpreises zum Preise des Fertigfabrikates in seinem richtigen Verhältnis und wir müssen dadurch dem Ausland ein doppeltes Geschenk, nämlich das unserer Arbeit und den volkswirtschaftlichen Mehrwert des Preises. Das hat uns zu dem Mißverhältnis gebracht, das jetzt besteht. Mit den bisherigen Mitteln in dem bisherigen Geleise geht es nicht weiter. Die Großenmark ist zur Pfennigmark geworden. Wie lange dauert es nun noch bis wir österreichische Zustände erhalten — oder haben wir sie vielleicht schon?

## Deutsch-Oberschlesiens schwierige Wirtschaftslage.

Am ober-schlesischen Kohlenmarkt hat sich die Lage weiterhin nicht sehr günstig gestaltet. Besorgniserregend ist für den ober-schlesischen Kohlenbergbau die weitere Abwanderung der Arbeiter. Es wird vor der Hand nicht möglich sein, für die abgewanderten deutschen und polnischen Kohlenarbeiter Ersatz heraufzubringen. Die Verläufe, Arbeitslose aus den polnischen Großstädten in das Kohlenrevier zu schaffen, sind gescheitert. Andererseits haben die Werke vergeblich versucht, ihre deutschen Arbeiter durch Zahlung von Zus-

prämien im Lande zu behalten. Aber selbst die älteren Arbeiter, die für eventuelle Militärpflicht nicht in Frage kommen, ziehen es vor, aus dem Lande zu gehen. Man ist sich in den Kreisen der Gewerkschaften bewußt, daß Polen niemals imstande sein wird, eine soziale Arbeiterfürsorge nach dem Muster der Deutschen einzurichten.

In dem deutsch-schlesischen Oberschlesien wird sich auch in Bezug auf den Kohlenbergbau in nächster Zeit eine sehr rege Bautätigkeit einstellen. Sowohl auf schlesischem wie auf polnischem Gelände werden mehrere Schächte niedergebracht, doch wird es naturgemäß geraume Zeit dauern, ehe auf diesem neuen Lande, das als Reserve gedacht war, die Förderfähigkeit aufgenommen werden kann.

In den Kreisen der ober-schlesischen Eisenindustrie nimmt man an, daß, falls das Land nicht politisch durch Unruhen erregt wird, es möglich sein wird, auch in der Uebergangszeit zu produzieren. Allerdings gibt man sich keinem Zweifel darüber hin, daß unter allen Umständen ein sehr erheblicher Rückgang der Produktion eintritt wird, umso mehr, als die Werke nur für eine sehr beschränkte Zeit mit Kohlen versehen sind. Im übrigen hält man es für selbstverständlich, daß der preussische Verfassung und die Reichsministerverwaltung alles tun werden, um der deutschen Eisenindustrie in Oberschlesien während der Uebergangszeit die Lage möglichst zu erleichtern.

Der vorläufige Sachauskunft des ober-schlesischen Steuergesamts hat in seiner Sitzung am 18. Juni im Beisein von Vertretern des Reichsarbeitsministeriums die Gründung einer Treuhänderstelle für Vermögenssiedlungen beschlossen. Gleichzeitig wurde die Frage des Zusammenarbeitens der Treuhänderstelle mit der für Oberschlesien zu gründenden gemeinsamen Siedlungsunternehmung erörtert. Es steht zu erwarten, daß sich unter voller Wahrung der Selbstständigkeit der Treuhänderstelle der von der Reichs- und Staatsregierung ins Auge gefaßte Plan einer einheitlichen Durchführung der gesamten Siedlungswerke in Oberschlesien verwirklichen lassen wird.

## Das Gesetz zum Schutze der Republik.

Der Reichstag hielt gestern abend in später Stunde eine öffentliche Sitzung ab. In dieser wurde das Gesetz zum Schutze der Republik mit Zweidrittelmehrheit angenommen, nachdem die Ausschüsse fast den ganzen Tag mit Beratungen ausgefüllt hatten. Ebenso wurde das Amnestiegesetz, welches ursprünglich im Gesetze zum Schutze der Republik enthalten sein sollte, mit der gleichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Der Verfassungsausschuß des preussischen Landtages beriet über die Anträge zum Schutze der Republik. Angenommen wurde der Entwurf eines Gesetzes über Dienstvergehen der nichtrichtlichen Beamten, Richter und Privatdozenten, ferner ein demokratischer Antrag, der fordert, daß die leitenden Stellen in Verwaltung und Justiz nur solchen Personen übertragen werden, die unbedingt zuverlässige Vertreter der Republik sind, und ein weiteres demokratischer Antrag, der verlangt, daß künftig auch die Ministerialräte, die Abteilungsdirigenten bei den Provinzialregierungen, die Präsidenten der Landeskulturämter und die Direktoren der Provinzialhochschulen in politischen Beamten erklärt werden. Ferner wurden sozialdemokratische Anträge angenommen, die fordern, daß die Schüler- und Lehrerbüchereien von solchen Büchern gereinigt werden, die mit der bestehenden republikanischen Verfassung nicht in Einklang zu bringen sind, daß alle Schulbücher, die eine Verherrlichung der Monarchie oder der Hohenzollernmonarchie enthalten, mit größter Beschleunigung außer Gebrauch gesetzt werden, und daß das Staatsministerium an den Schulen diejenigen Verbände verbietet, deren Tätigkeit gegen die Republik gerichtet ist.

Der Reichsjustizminister hat den Landgerichtsdirektor Dr. Alken in Frankfurt/Main zum Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bestellt.

## Im bayerischen Ministerrat

berichtet, wie nichtamtlich gemeldet wird, am Sonnabend Ministerpräsident Veitling und Minister Schwegler über das Ergebnis der Ministerbesprechung in Berlin. Es wurde die Haltung der bayerischen Regierung begründet und vom Ministerrat gebilligt. Für die Haltung des bayerischen Vertreters in Berlin wurden Instruktionen festgelegt. Die Haltung der Regierung wurde auch von den Führern der Koalitionsparteien einmütig gebilligt.

## Verbote.

Auf Grund der Paragraphen 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. v. M. hat der Oberpräsident von Oberschlesien für den Bereich der Provinz den Deutschösterreichischen Schutz- und Truppverbund sowie dessen Jugendgruppen, ferner die Deutschsozialistische Partei mit allen Untergruppen und den Hochschulen deutscher Art aus-

geschlossen. Mit der Durchführung der Maßnahme sind die zuständigen Regierungspräsidenten beauftragt worden. Die Auflösung des Hochschulringes erfolgte auf Grund politischer Ermittlungen, die ergaben, daß er zur Teilnahme an militärischen Geheimorganisationen aufgefördert hatte.

Der preussische Minister des Innern hat den Bund der Aufrechten mit allen seinen Landesverbänden, Bezirks- und Ortsgruppen aufgelöst, ebenso sämtliche in Preußen bestehenden Gruppen des Deutschösterreichischen Schutz- und Truppverbundes, des Hamburg.

Die Ausgabe der Frankfurter Nachrichten vom 1. d. M. ist wegen eines Artikels mit der Ueberschrift „Darmstädter Vorgänge“ auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik vom 24. v. M. beschlagnahmt worden. Das Erscheinen der Hamburger Warte ist auf die Dauer von sechs Monaten verboten worden. Ferner wurde die Beschlagnahme der Nummer 115 der Zeitung Häuser angeordnet. Die zweite Beilage der Donnerstag-Nummer der Hamburger Nachrichten ist nachträglich noch beschlagnahmt worden, weil darin Äußerungen gegen den Senator Zinnow abgedruckt waren, in denen die Polizeibehörde verleumdende Behauptungen gegen ein Mitglied einer republikanischen Regierung sah.

## Weitere Verhaftungen.

Die Polizei hat eine weitere Anzahl von hamburgischen Angehörigen der Organisation C festgenommen und dem Untersuchungsrichter zugeführt. Die Ermittlungen dauern fort. Um die Untersuchung nicht zu gefährden, können weitere Mitteilungen noch nicht veröffentlicht werden.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, ist gegen Polizeirat Meng in Mannheim, der beschuldigt wird, im Dienste der Reichswehr als Judenfahnde bezeichnet zu haben, ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Meng ist inzwischen des Dienstes enthoben. Ferner wurden drei Studenten wegen ihres Verhaltens am Tage der Ermordung Rathenau verhaftet.

## Die Uebergabe in Oberschlesien.

Gestern vormittag 10 Uhr holten die Engländer die drei Fahnen der Alliierten in Beuthen nieder, wobei eine englische Kompanie präsentete. Darauf wurde die schwarz-rot-goldene Reichsfahne gehißt. Auch hierbei präsentierten die Engländer, während die ausländischen Offiziere die Ehrenbezeugungen erwiesen. Die nach vielen tausend zählende Menge brach in begeisterte Hochrufe aus. Oberbürgermeister Dr. Stephan richtete an die Bevölkerung eine kurze Ansprache, die in ein Hoch auf das deutsche Vaterland ausklang. Nach dem Gesang des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ grüßte der Vertreter des Landfreies Preußen die Fahne und brachte ein dreifaches Hoch auf die ober-schlesische Heimat und das deutsche Vaterland aus. Nach der Feier verließen die Vertreter der Internationalen Kontrollkommission und der Rest der englischen Besatzungstruppen die Stadt. Die Bevölkerung ist in gehobener Stimmung, die Häuser tragen reichen Flaggenschmuck.

In Gleiwitz fand der Flaggenschmuck in schlichter Weise statt. Internationalisierte Truppen waren nicht aufgehoben. An der Feier nahmen nur Vertreter der städtischen Behörden und Mitglieder der Internationalen Kontrollkommission teil. Die letzten Besatzungstruppen verließen nach der Uebergabe der Regierungsgewalt an die deutschen Behörden die Stadt. Unter der Bevölkerung herrscht Jubel.

## Frankreich unangenehm berührt.

Das Echo de Paris will nach erhaltener Auskunft feststellen können, daß die französische Regierung der Zustimmung Deutschlands zum Völkerverbund immer noch nicht zustimmen könne. Sie scheine von der jüngsten Rede Lloyd Georges, worin eine rasche Aufnahme Deutschlands empfohlen wurde, unangenehm berührt zu sein. Es sei sehr wahrscheinlich, daß sie ihr Bedauern darüber, nicht im voraus über ihre Meinung befragt worden zu sein, zum Ausdruck brachte.

## Die österreichische Anschlussfrage.

Bei den Besprechungen zwischen Lloyd George und Schanzer bildete die österreichische Anschlussfrage den Gegenstand von Beratungen. Wie die römischen Blätter mitteilen, seien die beiden Staatsmänner damit einverstanden, daß die Frage in Anbetracht der furchtbaren Lage Österreichs demnächst untersucht werden soll.

## Das Ende der deutschen Städte.

In einer in Königsberg abgehaltenen Sitzung des Hauptauschusses des Deutschen Städtebundes wurde die

Stellung der Städte zum Lebenswert der deutschen Landwirtschaft besprochen, und es wurden Beschlüsse über das Zusammenarbeiten der Städte mit der Landwirtschaft zur Sicherung der Volksernährung gefasst. In den Beschlüssen wird zum Schluss der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die landwirtschaftlichen Organisationen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln der Erleichterung auf ihre Mitglieder willfährlich, durch die Erleichterung der Erzeugungskosten nicht berechtigter Erhöhungen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse unterstützen. — Weiter nahm der Landwirtschaftsausschuß des Deutschen Städtebundes an dem Landeskongress der Städte Stellung. Es wurde die lebhafteste Befürchtung des Landwirtschaftsausschusses darüber ausgesprochen, daß die Reichsregierung den Entwurf des Gesetzes vor den Parlamenten wiederum nicht vorlegen wird. Die Städte könnten diese festgesetzte Verpflichtung in der Regelung ihrer Finanzverhältnisse nicht länger tragen. Die Gemeinden ständen in Kürze und unabweisbar vor dem Zeitpunkt, wo sie infolge der Haltung des Reiches nicht mehr in der Lage seien, ihre Schotter- und Lohnzahlungen aufrecht zu erhalten. Den Gemeinden werde daher nichts anderes übrig bleiben, als die Ausführung bestimmter, ihnen ohne Berechtigung der vollen Deckungsmittel übertragenen Reichs- und Staatsaufgaben einzustellen. Der Hauptausdruck des Deutschen Städtebundes müsse unter diesen Umständen auf das Nachdrücklichste an die Reichsregierung, den Reichstag und den Reichsrat die Forderung richten, die schleunige Feststellung und Verabschiedung des Landwirtschaftsgesetzes zu betreiben. Zu dem Zweck forderten die Städte vor allem, daß ihnen erhöhte Anteile an der Einkommen- und Körperschaftsteuer mit Wirkung vom 1. April 1920, ferner, da dies nicht entfernt genügt, wesentlich erhöhte Anteile an der erhöhten Umsatzsteuer, sowie die ganze Grund- und Gewerbesteuer einräumt werden. Daneben sei grundsätzlich an der Forderung der Wiederherstellung des geschädigten Aufschlagsrechtes zur Einkommensteuer festzuhalten. Ferner sei es erforderlich, daß die in der Württemberg-Konferenz vereinbarten Reichszuschüsse zu den Gemeindeforderungen und den Arbeiterlöhnen beschleunigt vorweg geregelt werden. Die Gewährung der Zuschüsse dürfe unter keinen Umständen zur Einschränkung der Selbstverwaltung der Gemeinden und zur Einführung einer neuen Reichskontrolle benutzt werden. — Von allen Seiten wurde einstimmig festgestellt, daß es die allerhöchste Pflicht sei, Maßnahmen zur Beseitigung einer Katastrophe zu treffen, ebenso wurde einstimmig ausgesprochen, daß das ganze Land der deutschen Städte von dem Versäufelnden Friedensvertrag befreit, und daß es Pflicht sei, der Entente die Folgen dieses Friedensvertrages auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung vorzulegen.

### Der Fall Fernes.

Vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin begann gestern die Verhandlung in der Angelegenheit der Verhaftungen an den Reichsminister Dr. Fernes. Die Anklage wegen Verleumdung und übler Nachrede richtete sich gegen den Redakteur der „Freiheit“ Robert Fensel. Unter Anklage stehen acht Artikel. Die Aufsätze enthalten nach der Anklage neben schweren formellen Verleumdungen des Dr. Fernes sowie des Reichsernährungsministers und seiner Beamten, vor allem die Behauptung, Fernes habe von dem blutschändlichen abhängigen Wägenverband für Mosel, Saar und Ruwer im April 1921 bis April 1922 Weine zu einem unverschämten billigen Preise bezogen und als Gegenleistung unter Mißbrauch seiner amtlichen Stellung dem Wägenverbande durch Überweisung von 500000 Mark und Sonderabrechnung von 8000 Zentnern Zucker besondere Vorteile zuwandte. Diese Behauptung wird vom Angeklagten als unwahr bezeichnet. Die Preise stellten die Verrechnungskosten der einzelnen Weine dar. Es handelte sich um sogenannte Preisbestände. Zahlreiche andere Behälter seien in der gleichen Weise beliefert worden. Damit fehle die Sonderabrechnung von Zucker in keinem Zusammenhang. Eine Sonderabrechnung des Wägenverbandes für Mosel, Saar und Ruwer gegenüber anderen Wägenverbänden sei nicht erfolgt. Die Verhandlung wurde durch den Richterpräsidenten eröffnet. Zu Beginn regte der Vorsitzende einen Verzicht an, einmal mit Rücksicht auf die augenblickliche politische Lage und dann, weil große Bedenken bestehen könnten, ob die Strafkammer auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten überhaupt zuständig sei über der Staatsgerichtshof. Der Verteidiger Dr. Einshorn erklärte, er sehe keine Möglichkeit zu einem Verzicht. Der Generalstaatsanwalt Lindow sagte, wegen der Verleumdung sei nach der Verordnung des Reichspräsidenten der Staatsgerichtshof zuständig. Das Gericht beschloß nach längerer Beratung, sich auf unbestimmte Zeit zu vertagen, da hinsichtlich der Verleumdung, daß gemäß § 5 der Verordnung eine Beschimpfung vorliege. Die Worte

### Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Goldenerzeit von Hans Wolske. Amerikanisches Copyright 1918 by Wm. Wolske-Wagen, Leipzig.

30. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Andreas lächelte Dorchen ein paar beruhigende Tränen ein und wickelte, bis sie endlich schlief ein. Er gab Marie, die ganz erschrocken war, einige Anweisungen über die Pflege Dorchens, dann verließ er das Zimmer.

Er wachte förmlich zurück, als er auf dem halb-dunklen, dicken Wolldecken plötzlich die Gestalt seines Vaters vor sich sah.

„Wie sieht es um Dorchen?“ fragte Leberecht unsicher. Andreas suchte die Achseln. „Sie ist den ersten Schritten eben nicht gewachsen. Vater, ihre Gelandschaft ist so hart, daß ihre Kräfte auf das Neulichte geschont werden müssen, sonst können wir das selbe Verhängnis nicht vermeiden sehen, zu dem auch unsere Mutter zu Grunde ging.“

Die Augen der beiden bohrten sich fast ineinander, doch Leberecht war nicht der Mann, der sich betreten ließ. „Ich werde unseren alten Geheimrat kommen lassen. Er wird das Mädel schon wieder zurecht rücken, das kein Aufschlag der Dornen nötig ist.“

„Dochst du immer weiter auf die unglückselige Geirat, an der Dornen zu Grunde geht?“

„Vater! An einer Geirat mit einem ehrenwerten Mann, der es liebt, in noch kein Mädchen geküßelt.“

Andreas rang mit sich, als er mit dem Vater in die Wohnstube trat. Der seinen Augen wogten lauter rote Nebel. Mühte er die Schwester nicht retten, um jeden Preis, und wenn es galt, sein Leben für das ihre zu geben?

„Würdest du Dorchen von Denis freimachen, Vater, kam es höflich von seinen Lippen, „wenn ich die verspreche, in diesem Falle alle meine Lebenswünsche aufzugeben und die Apotheke sofort zu übernehmen?“

Leberecht Bauer maß seinen Sohn fast belustigt. „Du bist ein Phantast, mein Sohn. Deine Frage zeigt mir am besten, wie wenig ernst deine Belagerung zu nehmen ist. Man gibt nicht seine Lebenswünsche um die Chancen eines kleinen, unartigen Mädchens auf. Du wirst die Apotheke übernehmen, und Dorchen wird Denis heiraten. Dein angebliches Dilemma für deine Schwester kannst du dir denken.“

Korruptionen, Schwindel, Schwelgerei usw. begründeten den Verdacht, daß die Beleidigung von den Namen des § 185 des St.-G.-B. hinausgehe. Die Trennung der Angelegenheiten wegen Beleidigung erscheine nicht ungeschicklich. Die Akten seien dem Oberreichsanwalt zur Verbeiführung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zu übermitteln.

### Von der Dange Konferenz.

Wie der Sonderberichterstatter der Tageszeitung „Der Tag“ in der Fragebogen, den die Sowjetregierung der Genuefer Konferenz an die Inhaber russischer Wertpapiere vorlegte, nicht weitergegeben werden, zum mindesten nicht in der gegenwärtigen Form. Man sei allgemein der Ansicht, daß der inaktive und tendenziöse Charakter des russischen Fragebogens unannehmbar sei, nicht nur, weil er die Befreiung der Werte verweigert, Einzelheiten über deren Herkunft anzuzeigen, die ihnen meistens selbst unbekannt sei, sondern auch wegen der politischen Haltung, die die Sowjetregierung in Bezug eingenommen habe, die den russischen Wertpapieren erkennen lasse, zwischen den großen und kleinen Besitzern Unterschiede zu machen. Durch die einfache Tatsache der Annahme dieses russischen Fragebogens würden die Vertreter der Mächte selbst die Aufhebung eines Teiles der Verpflichtungen der Sowjetregierung billigen. In diesem Sinne werde Litwinoff am Dienstag genueferzeit werden. Andererseits aber werde den Sowjets keinerlei Schwierigkeit bei der Beschaffung der von ihnen verlangten russischen Unterlagen gemacht werden. In Frankreich hätten sich seit 1919 1.000.000 Inhaber russischer Werte gemeldet. Diese Zahl, die hinter der Wirklichkeit liegt, noch zurückbleibe, werde es der Sowjetregierung schwer machen, zu behaupten, daß die französischen Inhaber russischer Werte sämtlich Kapitalisten wären.

### Eine Rede Polincars.

Auf einem Festmahl des republikanischen Ausschusses für Handel, Industrie und Landwirtschaft, des sogenannten Komitee Maccuraud, hielt Polincars vorgelesen eine Rede über die innere und äußere Politik der französischen Regierung. Er ging von den Ereignissen auf dem Balkan im Jahre 1912 aus und sagte, Frankreich habe damals in täglicher Zusammenarbeit mit Deutschland und Italien die Balkan-Solidarität erreicht erhalten. Im Juni 1914 habe das Attentat von Sarajewo der Welt und die Welt mit einem neuen Kriegesgeist in den Mittelmeeren mit unüberwindlicher Stärke zum Ausbruch gekommen. Als er, Polincars, Präsident der Republik geworden sei, habe er zweifellos die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit für die Handlungswelt der Regierung nicht mehr gehabt. Aber zwischen den Ministern und ihm habe nicht die geringste Meinungsverschiedenheit über die Außenpolitik bestanden. Er habe nie ein Wort gesagt oder geschrieben, das nicht von ihnen gebilligt worden sei, und sie hätten in ihren Bemühungen um den Frieden nicht im vollen Einverständnis mit ihm gehandelt. Als Frankreich der Krieg erklärt worden sei, seien bereits die deutschen Verluste, die allerdings an der Wirklichkeit zurückblieben, kühnster in der Welt verbreitet worden. In Frankreich sei im August 1914 niemand so mit Blindeit geschlagen gewesen, daß er den deutschen Angriff entschuldigend und die dauernd friedlichen Absichten der französischen Regierung in Zweifel gezogen hätte; man hätte solche Männer gehängt. Die Einmütigkeit der Meinung habe seine Aufgabe, um vor der Welt die Verantwortung für den Krieg zu stellen. So sei das Volk bis 1917 geblieben. Dann sei eine Zeit des Schwankens gekommen. Das sei die Stunde gewesen, die allen heimlichen Plänen, Entwürfen, Umwandlungen und verästelten Verordnungen ein Ende gewesen sei. In der gegenwärtigen Zeit lägen die Phantasien des Jahres 1917 erneut auf der Karte. Die Gespenster des Defaitismus schlichen heute nicht mehr im Dunkeln, ihr Verhängnis der Waise und der Schwachgeheime im hellen Sonnenlicht von unten. Sie möchten das kaiserliche Deutschland von der Kriegsschuld befreien, indem sie die Verantwortung nach ihrer Phantasie verteilten, um unter dem Vorwand, den Frieden sicherzustellen, die Grundlagen zu erschüttern, auf denen die negativen Rationen der Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon aufgebaut hätten. Zu gleicher Zeit ließen sie aber auch den Ausländern Waffen (7), die ohne Kenntnis der Verhältnisse oder in schlechter Absicht die Franzosen als ein militärisches und imperialistisches erfülltes Volk bezeichneten. Diese gefährliche Propaganda, die sehr häufig von Deutschland oder von sozialistischen Parteien inspiriert werde, verurteile nicht auf Wahrheit, sie werde bald zusammenbrechen, aber die französische Regierung würde keine Beamtin bilden, die nicht weitergehen

genug seien, um sich an beträchtlichen Verordnungen zu beteiligen.

Ueber die Reparationsfrage sagte Polincars, Deutschland arbeite ernstlich an der Wiederanfertigung seiner Industrie und seiner Handelskraft. Man dürfe sich zu seiner Reglung betätigen, die es den Deutschen ermöglichen würde, sich auf ihrem eigenen Gebiet zu betätigen. Die französische Reparationsfrage sei schon genügend herabgesetzt worden, wieweil gerade es nicht mehr. Man dürfe die Franzosen unter dem Vorwand, daß den augenblicklichen Bestimmungen Rechnung zu tragen sei, keine noch grausamere Zukunft vorbereiten. Frankreich verlange nur, was man ihm schulde. Zweifellos könne das niemand für übertrieben erklären. Er bitte die Russen, denen die Franzosen als Deute erschienen, die Hauptlast seien von ihren Interessen, zu bedenken, daß Frankreich seine Reparationen bisher an die Deutschen bezahlt und hierfür 10 Milliarden vorgeschossen habe. Frankreich sei zwar unter dieser Last noch nicht zusammengebrochen. Werde aber ein Zusammenbruch Frankreichs, vorausgesetzt, daß er morgen geschehe, für den Fall der Welt nicht große Folgen haben? Würde man sich ein, daß dann der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas erleichtert sei? Glaube man, daß die internationale Solidarität, von der heute so gern gesprochen werde, dadurch verfehrt werde? In den Verhandlungen der Mächte zu einander nehme doch Frankreich einen gewissen Platz ein, und dieser Platz sei nicht ohne Einfluß auf das Gleichgewicht der Welt. Frankreich verfolge nicht lediglich egoistische Ziele. Es verlange, daß die durch den Krieg verursachten Schäden nicht einfach auf dem Volk lasten, daß das Opfer des Krieges gewesen sei. Es wolle nicht unter der Bürde einer ungerechten Last zusammenbrechen und verlange die Freiheit, seine unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen zu dürfen, damit es seinen Anteil zur Wiederherstellung des allgemeinen Wohlbefindens beitragen könne. Mit einem Wort, es wolle Frankreich bleiben, d. h. ein Land, das im Kriege bereit zu sein im Stande war und im Frieden einer der besten Arbeiter für die menschliche Zivilisation und den menschlichen Fortschritt sein wolle.

### Der Freispruch im Michelohn-Prozess.

Im Klagschuldigenprozess gegen den Berliner Arzt Dr. Michelohn wurde, wie schon kurz berichtet, Montag mittags 1 Uhr vom Reichsgericht das Urteil verkündet. Nach Erscheinen des Gerichtshofes gab zunächst die Verteidigung eine Erklärung ab, wonach ihr bekannt geworden sei, daß die Verhandlungen gegen Dr. Michelohn von der französischen Regierung nicht offiziell beantragt worden sei, daß die französische Regierung die Angeklagten, die vom Oberreichsanwalt ergangen sind, den französischen Jagen gar nicht zugehört habe. Es seien also hier Jagenandagen verlesen worden, von denen die Jagen gar nicht wußten, daß diese Sache in Paris verhandelt werde. Der Anklagevertreter erwiderte, daß es sich dabei gar nicht um eine offizielle Erklärung der französischen Regierung handele, sondern um eine Pressemitteilung, die auch schon vor einigen Tagen in einer Leipziger Zeitung erschienen sei. Uebrigens werde nicht nach dem Willen und auf Vermittlung der französischen Regierung verhandelt, sondern nach deutschem Recht. In der Begründung des freisprechenden Urteils wird u. a. gesagt, daß der Senat die Überzeugung erlangt habe, daß die von der französischen Seite erhobenen Anklagen des Mordes völlig unzutreffend und auch völlig widerlegt worden sind. Auch im Falle der Anklage der vorsätzlichen Tötung könne dem Angeklagten kein Verschulden zur Last gelegt werden. Was die Unterstellungen andert, so sind diese, soweit sie dem Angeklagten im Bewußtsein sein sollten, durch die Tatsache erledigt, soweit sie zu ungunsten französischer Gesandten erfolgt wären, konnte dem Angeklagten ein Verschulden nicht zugewiesen werden. Bezüglich der Anschuldigungen wegen Vergehens gegen das kaiserliche Leben müßte dem Angeklagten zwar aus der Art und Weise, wie er mit den Frauenzimmer umgegangen sei, ein Vorwurf gemacht werden. Jedoch ist der Verdacht einer Schuld auch in diesem Falle widerlegt worden. Wegen der Anschuldigungen der Körperverletzung ist zwar festgestellt worden, daß Mißhandlungen vorgekommen sind, die an und für sich strafbar waren, doch konnte auch hier nicht bewiesen werden, daß der Angeklagte sich an diesen Mißhandlungen beteiligt oder dazu irgend welche Befehle gegeben hat. Aus allen diesen Gründen ist der Senat zur oben erwähnten Entscheidung gekommen.

### Tagesgeschichte.

#### Deutsches Reich.

Verhandlungen zum Eintritt in die Weltregierung. Das von der Weltwirtschaftskommission herausgegebene Nachrichtenblatt der Berliner Arbeiterkammer teilt aus dem Büro

Abteilung gemindert konnte? Fast du nicht selbst unter ihrer Schwereit unglücklich gelitten?

„Leberrecht neigte das Haupt.“

„Du hast recht, Leberrecht. Mehr noch leide ich jetzt darunter, daß ich es war, die sich zwischen Vater und Kinder drängte. Es war eine Stunde, eine himmelstreichende Stunde.“

Leberrecht Bauer zog Henriette hoch an seine Brust. „Mein, Henriette, es war keine Stunde. Unsere Liebe verklärte alles, gab mir das Recht auf unser Glück, daß die Kinder uns nicht verstehen wollten und konnten. Du leichst mit immer wieder, wie groß und vornehm dein Denken und Fühlen ist. Du darfst dich nicht ärgern um lauter Kleinigkeiten, du geliebte aller Frauen.“

Er küßte sie heiß und sie hing wortlos in seinen Armen wie eine gedehnte Blume. Er sah die Tränen nicht, die langsam über dunklen Wimpern leuchteten, er sah nur ihren blühenden Mund mit dem leisen Schimmer des Lächelns, den er fortlassen mußte. Henriette sollte glücklich sein.

Ein Aenderweinen erklang, und der Traum zerfiel, denn die Kinderstimmte rief: „Dorchen! Dorchen! Wo bist du? Ich will nicht zu Wangen, ich will zu Dorchen.“

Schuldensucht lenkten plötzlich Leberrecht Bauer und Henriette das Haupt. Fast schon begannen sich ihre Augen. Beide schüttelten sie mit erschütternder Wucht, daß sie ihren Kindern nicht die rechten Eltern geseien, daß eine Schuld zwischen ihnen stand, für die sie keine Worte fanden, die aber wie ein dunkler Finger des Schicksals drohend über ihren Häubtern schwebte.

Ohne ein Wort gingen sie auseinander. Henriette, um sich in dumpfer Belustigung auf ihr Bett zu werfen, Leberrecht Bauer, um hinab ins Laboratorium zu steigen. Dort dort her erklang bald seine wotternde Stimme, den Provisoren, Gehilfen und Lehrlingen klar zu machen, daß für den Schlehndrian, der da unten eingestiegen, das Ende gekommen sei.

So betat sich Leberrecht Bauer nur, wenn er mit sich selbst unzufrieden war, und er war sehr unzufrieden mit sich, der häßliche Mann mit dem immer zu jugendlichen, erschauern Gesicht, bis es heute zum ersten Male empfand, daß sie müde geworden war, sehr müde.

#### Fortsetzung folgt.



was am 4. Februar 1908 in Mühlhau bei Dresden geboren und wohnte zuletzt in Burkersdorf. Sie ist am Sonnabend um 10 Uhr im Alter von 27 Jahren an einer Herzkrankheit gestorben. Ein Raubmord oder Heberfall erscheint ausgeschlossen.

**Leipzig.** Bei herrlichem Wetter und in Anwesenheit der Leipziger städtischen Behörden fand Sonnabend vormittag auf dem Ausstellungsgelände am Börsenplatz die feierliche Eröffnung der großen Leipziger Bäckereiausstellung statt. Stadtrat Böhmke hielt die Eröffnungsrede. Die Ausstellung soll nicht nur alle Erzeugnisse auf dem Gebiete des Bäckereiwesens zeigen, sondern sie soll auch gleichzeitig ein Baustein zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens sein. Nach dem Eröffnungsgang fand ein Rundgang durch die Ausstellung statt, die sich den Gästen fertig präsentierte. In fünf Gruppen eingeteilt, bietet die Ausstellung trotz ihrer Ausdehnung ein übersichtliches Bild. Mehr als vierhundert in- und ausländische Firmen haben ihre Erzeugnisse ausgestellt. Wie groß das Interesse für die Ausstellung ist, sieht man daran, daß außer zahlreichen deutschen Berufsvereinigungen allein aus Amerika mehrere hundert Bäckereimeister die Leipziger Ausstellung besuchen. Aber auch aus Holland, Italien und der Schweiz u. liegen zahlreiche Anmeldungen vor. Der Besuch der Ausstellung ist jedoch nicht nur für den Fachmann empfehlenswert, sondern für einen jeden, vor allem werden die Hausfrauen vieles finden, was sie in ihrem Haushalt nützlich verwenden können. Praktische Vorführungen sowie Vorträge finden täglich statt. Während der Ausstellung findet in Leipzig auch ein Kongress des Germania-Verbandes der Bäcker statt.

### Der Verein sächsischer Zeitungsverleger.

Der Verein sächsischer Zeitungsverleger hat in seiner außerordentlichen Hauptversammlung einmütig folgende Rundgebung an die sächsische Staatsregierung beschlossen: An die sächsische Staatsregierung zu Händen des Herrn Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen.

Der Verein sächsischer Zeitungsverleger, dem die Herausgeber fast sämtlicher sächsischen Tageszeitungen aller bürgerlichen Parteien und der Mehrheitssozialdemokratie angehören, fühlt das Bedürfnis, bei seiner heutigen Versammlung seiner Entrüstung und seinem Abscheu Ausdruck zu geben über den an dem Reichsminister Rathenau beangenehmten Wort. Die Verammlung hält alle terroristischen Akte und die Anwendung irgendwelcher Gewaltmittel gegen politisch Andersdenkende in jedem Falle für verwerflich und für ein Unglück für die Volksgemeinschaft.

Aus dieser Auffassung heraus erhebt sich aber auch entschiedener Widerspruch gegen die Gewalttate und Ausschreitungen, die in verschiedenen Städten im Anschluß an die Trauerkundgebungen für den ermordeten Minister gegen Herausgeber und Redakteure einer Anzahl von Tageszeitungen und gegen Personen, die in mehreren Fällen sogar der Partei des ermordeten Ministers angehören, begangen worden sind, wobei diese an Leib und Leben bedroht und körperlich mißhandelt worden sind.

Die Versammlung ist überzeugt, daß die sächsische Staatsregierung mit ihr darin übereinstimmt, daß der Abscheu und die Entrüstung gegen Wort und Tordorganisationen nicht dokumentiert wird durch neue Gewalttaten und daß die sonst überall würdig verlaufenden Trauerkundgebungen durch derartige Ausschreitungen entwürdigt werden. Wir mithin durchaus jede persönliche Verunglimpfung von Staatsmännern und Parlamentariern, wie jede Meinung des Hasses und jeder unzulässigen Äußerungen. Aber wir können der Meinung nicht beipflichten, daß bedauernde Werte und ernstlich zu beklappende Auswüchse der politischen Leidenschaft Akte der Unachtsamkeit irgendwie rechtfertigen.

Die Versammlung erwartet vielmehr von der Staatsregierung, daß sie die Freiheit der Presse und das Leben der im öffentlichen Interesse arbeitenden Männer schützt und so schwere Friedensbrüche, wie sie in Lobau, Bautzen, Ebersbach, Schirnschwalde, Bismarckwerda, Neugersdorf und Weidau vorangekommen sind, mit allen gebotenen gesetzlichen Mitteln abwendet. Erfahrungsgemäß reicht dazu das Eingreifen der Ortsbehörden nicht aus. In dem Augenblick,

da die Volksgemeinschaft unzufrieden ist, mit den schärfsten Ausnahmeregelungen die Autorität des Staates und die Sicherheit der an den höchsten Stellen im Staatsdienst dem Vaterland dienenden Männer zu schützen, muß auch dafür Sorge getragen werden, daß berechtigte Erregung und Trauer nicht mißbraucht werden zu Akten der Privattraue, des Terrors und der schweren Verletzung der durch die Verfassung gewährleisteten Freiheit der Presse.

### Neueste Nachrichten und Telegramme vom 4. Juli 1922.

**Keine Entfernung der Monarchenbilder.**  
 (Berlin.) Die Stadtverordneten lehnten in ihrer gestrigen Sitzung mit allen bürgerlichen gegen die sozialistischen Stimmen einen Antrag auf Entfernung der Monarchenbilder und ähnlicher Gemälde aus den Schulen ab.

**Der bayerische Hochverratsprozeß.**  
 (München.) Das vom Volksgericht München einstimmig gefällte Urteil im Hochverratsprozeß gegen Freiherrn von Preußing lautet auf Schuldig des Hochverrats laut §§ 81 und 82 des Reichsstrafgesetzbuchs. Es wurde auf lebenslängliche Zuchthausstrafe und bauernde Abberufung der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt. (S. auch Tagesgeschichte.)

**Frankreichs Stand im Ruhrgebiet.**  
 (Paris.) Eine französische parlamentarische Kommission bereitet kürzlich die Rheinlande und das Ruhrgebiet. Der Führer der Abordnung, der Präsident der Kommission für Finanzen, Darcas, erstattete einen Bericht über die Reise, in dem es u. a. heißt, daß die besetzten Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort in den Händen Frankreichs ein Pfand von hervorragender Bedeutung für die Eintreibung der Summen sei, die Deutschland zahlen müsse. Wenn auch Frankreich nicht das ganze Ruhrgebiet besetzt halte, so beherrsche es doch fast schon den ganzen industriellen Produktionsapparat. Infolgedessen könne nicht daran gedacht werden, dieses Pfand freizugeben, denn das Deutschland der großen Konjunktur werde im Auslande stets alle notwendigen Kredite finden.

### Bermischtes.

**Abgestürzter Schnellzug.** Aus Philadelphia wird gemeldet: Bei Windom kürzte ein mit 110 Kilometer Geschwindigkeit fahrender Schnellzug teilweise eine Böschung hinab. Bis jetzt wurden 9 Tote, darunter der Lokomotivführer und der Heizer, und 75 Schwerverletzte festgehalten.

**Festnahme eines seit Wochen flüchtigen Dollarwärders.** In Hamburg war der Bankrott-Ganghose auf Wirtinahme von 5000 Dollar flüchtig geworden. Auf Grund des in ganz Deutschland veröffentlichten und angelegentliches Teckbriefes und des Lichtbildes gelang es nun der Zwiternländer Polizei, den 30-jährigen Defraudanten in Gestalt eines Arbeiters zu verhaften. Gangloff hatte noch weit über 4000 Dollar in seinem Besitz, jedoch er durch seine Tat der Bank, der er das Geld gestohlen hatte, noch Geld dazu verdient hat, da der Dollar inzwischen auf 400 gestiegen ist. Der Defraudant wurde von der Polizei nach Hamburg überführt.

### Kunst und Wissenschaft.

**Mitteldeutsche Ausstellung in Magdeburg.** Sonnabend vormittag erfolgte auf dem Ausstellungsgelände auf dem Alten Horn die feierliche Eröffnung der Mitteldeutschen Ausstellung für Siedelung, Sozialfürsorge und Arbeit. Zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsregierung, staatlicher und städtischer Behörden und gemeinnütziger Vereinigungen waren der Einladung gefolgt. Der Reichspräsident, der ursprünglich der Eröffnungsfeier beiwohnen wollte, hatte sich durch den Wohlfahrtsminister vertreten lassen, nachdem er schon vor einiger Zeit der Ausstellungsleitung hatte mitteilen lassen, daß er auf ärztlichen Rat die Reise nicht unternehmen könne. Der geliebte Schöpfer der Ausstellung, Stadtverordneter-Vorsteher Fabrikant Müller, hielt die Fest-

rede, in der er in längeren Ausführungen den mächtigen Wert der Ausstellung und die Ziele des großen Werkes, das vor allem der Förderung des Wiederaufbaues Deutschlands gewidmet sein soll, schilderte. Ihm erwiderte der Wohlfahrtsminister, der auch im Namen des Reichspräsidenten die Ausstellung für eröffnet erklärte. Daran schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung.

**Neue Mars-Untersuchungen.** Im August 1924 wird der Planet Mars in die größte Erdnähe kommen, die er seit 60 Jahren erreicht hat, und die Astronomen rufen sich aus diesem Anlaß zu neuen Forschungen über die verschiedenen Probleme, die gerade mit ihm verknüpft sind und die noch keine befriedigende Lösung gefunden haben. Für die europäischen Observatorien werden die Beobachtungsbedingungen allerdings sehr ungünstig sein; man muß eine Gegend südlich des Äquators aufsuchen, um den Mars hoch am Himmel zu sehen. Ein reicher amerikanischer Freund der Astronomie Mac Afee hat nun, wie der "Temps" berichtet, den Beschluß gefaßt, die Frage der Marskanäle bei dieser Gelegenheit nach Möglichkeit zu klären. Er begibt sich im Jahre 1924 nach Charanall in Chile, wo er den Planeten im Zenit beobachten kann, und er läßt zu diesem Zweck ein neues spezialisiertes Teleskop an Ort und Stelle bauen. Statt eines Sechsecks von großem Durchmesser, der schwer oder unmöglich genau aufzuführen wäre, ist bei diesem Teleskop eine Fläche von Quecksilber verwendet, die in eine schnelle Rotation versetzt wird. Ein solches Instrument hat den Nachteil, nur für Sterne gebraucht werden zu können, die im Zenit vorübergehen. Die Astronomen erwarten jedoch die Ergebnisse der Beobachtungen mit dem neuartigen Teleskop, das über zweihunderttausend Dollar kosten wird, mit lebhaftem Interesse. Mac Afees Beobachtungen können vielleicht die Lösung des Problems der doppelten Marskanäle bringen, die für manche den Beweis einer hochentwickelten Kultur der Marsbewohner bedeuten, für andere nur eine einfache optische Täuschung infolge der Unvollkommenheit unserer Instrumente darstellen. Jedenfalls ist Mars der einzige Planet unserer Sonne, der dieselben Bedingungen für die Bewohnbarkeit wie unsere Erde darbietet, besonders in seinen äquatorialen Gebieten.

**Filme an Bord.** Die Orient-Dampfschiffahrtsgesellschaft hat der Gaumont-Kinematographen-Gesellschaft den Auftrag gegeben, die sechs Dampfer Ormuz, Orosa, Orades, Orletto, Orlerio und Omar mit einer vollständigen Dauer-Installation auszurüsten, um Filmvorführungen an Bord veranstalten zu können.

### Sport.

**Radsp. W.** Die Fernfahrt Hamburg-Berlin litt stark an dem kurzartigen Gegenwärtigen und großer Hitze und wurde von den beiden früheren Berufsradfahrern Kottich und Red gewonnen. Wegen der verspäteten Meldung leitens des Sächsl. Radl.-Bundes tritt unter Italiener Willy Dietrich das Rennen außer Konkurrenz. Er lag 60 Km. vor dem Ziel, nachdem über 100 Fahrer zurückgefallen waren, mit noch 6 Fahrern an der Spitze, erlitt aber einmal Reifenschaden. Trotzdem belegte er den 14. Platz, manchen der vielen besten deutschen Fahrer hinter sich lassend.

**Schlachtviehpreise auf dem Viehhof zu Dresden am 3. Juli 1922.** Auftrieb: 120 Ochsen, 138 Bullen, 270 Kalben und Kühe, 600 Kälber, 206 Schafe, 1390 Schweine. Preise: Ochsen: 1. 3000-3300 (5475-6000), 2. 2400-2600 (4625-5000), 3. 1800-2200 (3850-4625), 4. 1200-1400 (3000-3500); Bullen: 2800-3000 (4850-5050), 2. 2300-2500 (4300-4525), 3. 1900-2300 (3650-4025), 4. 1300-1500 (2900-3325); Kälber: 1. 3000-3300 (4475-6000), 2. 2400-2600 (4625-5000), 3. 1900-2300 (4225-4625), 4. 1400-1600 (3500-4000), 5. 800-1200 (2275-3500); Kälber: 1. - (-), 2. 2800 bis 3000 (4575-4825), 3. 2500-2700 (4175-4500), 4. 2000 bis 2300 (3650-4175); Schafe: 1. 2800-2800 (5200 bis 5600), 2. 1900-2300 (4224-5100), 3. 1200-1600 (3175 bis 4200); Schweine: 1. 5500-5600 (7050-7155), 2. 5600-5800 (7000-7200), 3. 4900-5300 (6525-7000), 4. 4400-4700 (6275-6525), 5. 4500-5500 (6000-7325). Geflügel: Hühner und Schweine schlecht, Schafe und Kühe gut. Ausnahmepreise über Notiz.

**Christliche mit Inhalt gef. Kühne, Paulstr. 15c.**

**Zeitungsträgerin**  
 hat am Freitag beim Einfahren Schul-, Katern-, Schloß- bis Bismarckstraße 100 M. eingekauft. Nachr. A. Auffklärung erb. Großenbainer Str. 12.1.

Anst. Mann sucht sof. bess. Schlafstelle. Offerten unter NR 9112 an das Tageblatt Niesla.

**Wohnung**  
 Stube, 2 Kammern, Küche in Niesla mit einer ähnl. in Gröba z. tausch. gefucht. In exfr. im Tagebl. Niesla.

**2000 Mark**  
 auf Möbelsicherheit zu leihen gesucht. Angeb. u. NR 9108 an Tagebl. Niesla.

**Geld gibt sofort**  
 Niede-Berlin N. 39. Febrnarstraße 3.

Junges, fleißiges Mädchen 15-16 J., f. 1. 8. gefucht. Fleischermeister Reichelt, Gantstraße 49.

**Stütze**  
 für 1. August bei häuslichem Familienanschluß gefucht. Frau Gertrud Wehnert, Stadtgr. Mühlberg.

**Suchere, zuverlässige Aufwartung**  
 1/2-3 Uhr gefucht. Nieslaer Handels-gesellschaft Gubach & Co., Rom.-Gef.

**Zuverl., fleißiges Hausmädchen**  
 für bess. Bandhausarbeit bei guter Kost u. Behandlung für 1. August gefucht. Voranstellen bei Frau Dr. Arde. Wehnertstr. 34

**Möbel-Ausstellung**  
 Speise-Herren-Wohn- und Schlafzimmer, sowie Einzelmöbel



in einfach bürgerlichen bis zu den elegantesten Ausführungen, ganz besonders preiswert in reichster Auswahl, empfiehlt

**Max Trips**  
 Inhaber Albin Wauer.  
 Dresden-N. Königsbrücker-Str. 56. Telefon 22697

**Bereinsnachrichten**  
 Allgem. Zv. Niesla. Mittwoch alle Mitglieder in die Turnh. Wichtig! 59. Stiftungsfest 30. Juli, S. G. "Tiger" u. 1908, Niesla. Morgen Mittwoch abend 7/9 Uhr Monatsvers. in Stadt Dresden. Sächsl. Militärverein i. Niesla u. Umg. Donnerstag, 6. d. M., 8 Uhr abends Monatsversammlung. Jahrestages-Feiern erwünscht. Gustav-Adolf-Frauenverein. Donnerstag, 6. d. M., 8 Uhr abends Monatsversammlung im Café Müller.

**Suche für sofort bei freier Station im Hause für m. Manufaktur- und Kolonialwarengeschäft eine tüchtige Verkäuferin.**  
 Abschließl. Zeugnisse und Gehaltsansprüche erb. an G. M. G. Waage, Weidendorfer, Sachsen. Zuverläßiger

**Mann**  
 als Geschirrführer und Arbeiter gefucht. Richard Boden, Effekfabrik, Fernstr. 172. Ein fast neues Herren-fahrad preisw. zu verk. In exfr. im Tagebl. Niesla

**Achtung!**  
 Mittwoch, den 5. Juli, abends 8 Uhr, spricht im Jugendheim Blautrensstr. 3 Lüge über "Alkohol und seine Schäden". Hierzu ist jedermann herzlich eingeladen. Der Blautrens-Verein.

**Gasthof „Stadt Niesla“ Poplitz.**  
 Heute Dienstag ab 7 Uhr

**Garten = Künstlerkonzert.**  
 Es ladet ergebenst ein G. Gedding.

**Rohfleisch und Wurst**  
 verkauft Oskar Stein, Rohschl. - Telefon 208.

**Gasflußbleichen!**  
 Rasche Hilfe! Doppelpille Hilfe!  
 Jeder Geschlechtskrankheit verlangt im zwingendsten Interesse ausfr. beherrschende Broschüre über Hermschreiden (Ausfr. frisch u. vers. d. gegen Syphilis, auch ohne Einspritzung, ohne Salzwasser, Quecksilber und sonstige Gift, massige Anwendung, keine Berufsverletzung, Mennschwürche, sexuelle Hermschreiden in jedem Alter u. bei jeder Krankheitsdauer) Wehrh., schnelle Heilung, bewährte Anwendung. Zusendung kostenlos ohne jede Verpflichtung in versch. Brief ohne Absender 4 Mk. (auch Marken) J. Doppelbille-Paris, 6. Dr. med. H. Seemann G.m.b.H. Sommerfeld 141 (Bez. Frankfurt) Länge Jahre bewährt. Tausende bewährte. Ganzschmerzlos, persönliche Untersuchung, Beratung u. Behandlung nur in den Sprechstunden der Dr. Dammann'schen Heilanstalten: Berlin, Potsdamerstr. 123B, 9-12, 4-7, Sonnt. 10-12. Breslau, Gröbenstr. 41, 9-11, 3-6. Sonntags 10-12. (Mittwoch keine Sprechstunde.) München, Theresienstr. 5, 1-4, 4-6. Sonnt. 12-12. Zusendg. der Broschüren erfolgt nur ab Sommerfeld. Leiden genau angeben!

**Aus Privatband gebrauchte Flügel und Klaviere zu kaufen gesucht.**  
 Angebote mit Preis, Fabrikat, Beschreibung eiligt erwünscht. Unser Einkäufer kommt zur Abholung in Kürze nach dort. Berliner Pianohaus, Berlin W 57, Rurfürkenstr. 15/16.

**Tüchtige Kirschenpflücker**  
 werden sof. angenommen. Arthur Thomas, Gleina.

**Herren**  
 für provisorisch. Vertr. eines Industrie-u. Landw. Kreises notwendig. Apparat. Nur in d. Kr. gut eingef. Herren wollen sich melden Mittwoch 10-3 bei Herrn Reinhold, Hotel Deutsches Haus.

**Suche zu kaufen ein Hausgrundstück**  
 mit Garten, erstl. m. Gehalt an einer Bahnstrecke, bei Barauszahlung. Off. mit Preis erb. u. L. B. 9111a an das Tageblatt Niesla.

**Suche einige redegewandte Herren**  
 für provisorisch. Vertr. eines Industrie-u. Landw. Kreises notwendig. Apparat. Nur in d. Kr. gut eingef. Herren wollen sich melden Mittwoch 10-3 bei Herrn Reinhold, Hotel Deutsches Haus.

**Wer erteilt jungem, strebs. Herrn gründl. Unterricht i. Buchführung, Wechsel, Bilanzkunde und kaufm. Rechnen. Gef. Off. erb. u. L. B. 9109 an Tagebl. Niesla.**

**Zu verkaufen: Sandton, herrliche Tonfülle, elektrisches Orchester.**  
 Su exfr. im Tagebl. Niesla.

**300 Stück gebrauchte Dachziegel zu verkauf.**  
 Großenbainer Str. 10.1.

**Kaufe täglich Lumpen, Eisen, Altmittel, getr. Kleidung**  
 usw., größere Posten hol. ab. Arno Dirck, Heilmannstr., Neude 16.

**Epilepsie-**  
 (Fallsucht, Krämpfe) Leidende, auch solche die alles unsonst angewandt, verl. kostenlos beherrschende Broschüre. Adler-Apotheke Sommerfeld 195 N.L.

**Johannisbeeren und Karotten**  
 verkauft pfund- und zentnerweise Riedel, Gröba, Streblauer Straße 27.

**Morgen frische Seefische.**  
 Clemens Bürger.

**H. Rabliu**  
 frisch auf Eis. Graf Schöfer Nachf.

**Feinste Schokolade, Molkerei-Gras-Butter**  
 empfiehlt ab Molkerei zu Tagespreisen G. Klapp, Warne (Schleswig-Holstein) Tel. Klapp, Warne.

**Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.**